



HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN DES KANTONS BERN

Berner Handelskammer

www.bern-cci.ch
www.wirtschaftstermine.ch

An die Medien des Kantons Bern

Nein zu einem Kernkraft-Sonderzug des Kantons Bern

Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern lehnt eine politische motivierte Befristung der Laufzeit des Kernkraftwerks Mühleberg ab. Er lehnt daher sowohl die Initiative „Mühleberg von Netz“ als auch den von der Regierung heute präsentierten Gegenvorschlag ab.

Gemäss heutiger Mitteilung, hat der Regierungsrat beschlossen, der Volksinitiative „Mühleberg von Netz“ einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Inhaltlich möchte der Regierungsrat eine politisch motivierte Befristung der Laufzeit des Kernkraftwerks Mühleberg „möglichst bald, jedoch bis max. 2022“ festlegen.

Der Handels- und Industrieverein lehnt eine solche politische Befristung ab. **Das Kernkraftwerk Mühleberg KKM soll im Interesse der Versorgungssicherheit, der (gemäss BAK Studie generierten) gut 500 Arbeitsplätze und des bernischen Volksvermögens solange weiterbetrieben werden, wie dies dessen Sicherheit und Wirtschaftlichkeit erlaubt.** Die Beurteilung der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit liegt nicht in der Kompetenz der (Bernischen) Politik, sondern allein in jener des ENSI (Sicherheit) und der Bernischen Kraftwerke als Betreiberin (Wirtschaftlichkeit)

Eine politisch motivierte Laufzeitbeschränkung für das KKM wäre auch mit Blick auf die «Energiestrategie 2050» des Bundesrates fehl am Platz. Auf eine Befristung wird nämlich explizit verzichtet und einen geordneten Ausstieg aus der Kernenergie angestrebt.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass der Kanton Bern im Unterschied zu den anderen KKW-Standortkantonen Aargau und Solothurn (erneut!) einen Sonderzug fahren will, welcher die BKW schwächt und gegenüber den beiden anderen grossen Stromproduzenten bzw. KKW-Betreibern Alpiq und Axpo benachteiligt.

Das KKM deckt rund 40% der Stromnachfrage im BKW-Versorgungsgebiet ab. Es leistet damit einen bedeutenden Beitrag zur Versorgungssicherheit im Grossraum Bern und in der Nordwestschweiz. Bei einer frühzeitigen, politisch motivierten Ausserbetriebnahme müsste die BKW – da noch längst nicht genügend erneuerbare Ersatzkapazitäten zur Verfügung stünden - den fehlenden Strom importieren (zumeist aus ausländischen KKW, Gas- und Kohlekraftwerken). Dies würde erstens keine Probleme lösen und zweitens die Auslandabhängigkeit der Stromversorgung erhöhen, was weder im Interesse der Kundinnen und Kunden noch des Kantons läge.

Für weitere Auskünfte stehen zur Verfügung:

*Bernhard Ludwig, Präsident HIV, Tel. 079 354 74 42
Adrian Haas, Direktor HIV, Tel. 079 717 24 24*

MEDIENMITTEILUNG